

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl. des „Mittl. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Teilen die gepaltene Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

N 174.

56. Jahrgang.
Dienstag, den 7. Dezember

1909.

Auf Seite 3 f. g. des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1909 finden sich die neuen Bestimmungen über Anlegung von Landdampfesseln, vom 17. Dezember 1908, abgedruckt, welche die frühere Bekanntmachung über die Anlegung von Dampfesseln, vom 5. August 1890, ersetzen.

Die beteiligten Industriellen werden auf diese neuen Vorschriften besonders aufmerksam gemacht.

Schwarzenberg, am 2. Dezember 1909.

Königliche Amtshauptmannschaft.

1132 E.

3.

Auf Grund von § 57 der Verordnung, die Ausführung des Wassergesetzes vom 12. März 1909 betr., vom 21. September 1909 wird bekannt gegeben, daß sich das Wasseramt für den hiesigen Verwaltungsbezirk zusammensetzt aus:

- 1) dem Königlichen Amtshauptmann zu Schwarzenberg oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem,
- 2) dem Vorstande der Königlichen Straßen- und Wasserbauinspektion in Schwarzenberg oder seinem Stellvertreter,
- 3) dem Direktor Dr. Hiller in Schindlers Werk als von der Bezirksversammlung gewähltem Mitglied,
- 4) dem Direktor Pfeil in Georgenthal als Stellvertreter für Dr. Hiller,
- 5) dem Bergat Hans Eblen von Quersurth in Schönheiderhammer,
- 6) dem Fabrikbesitzer Viktor Weidenmüller in Antonsthal als von den Eigentümern der an die Wasserläufe angrenzenden Grundstücke und Anlagen gewählten Mitgliedern,
- 7) dem Fabrikbesitzer Ernst R. Breitfeld in Erla und
- 8) dem Fabrikbesitzer Leonhardt Stoh in Niederschlema als Stellvertreter für die unter Nr. 5 und 6 Genannten.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

2. Dezember 1909.

11 W.

Es ist Klage geführt worden, daß infolge Unachtsamkeit der beim Transport von Fässern benutzten Fässer und sonstigen Behältnisse nicht nur die Straßen verunreinigt, sondern auch die Straßenpassanten und Anwohner durch üblen Geruch belästigt werden.

Die Königliche Amtshauptmannschaft ordnet im Einvernehmen mit dem Bezirksausschuß daher hiermit an, daß auf den Staatsstraßen des hiesigen Bezirks Fässern nur in völlig undurchlässigen und luftdicht verschlossenen und vor der Abfuhr äußerlich gut zu reinigenden Behälter abgefahren werden dürfen.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

1296 D.

den 2. Dezember 1909.

Die Brücken über die Wiltsch bei km 9,500 der Wiltschgrundstraße und bei km 0,770 der forststaatlichen Wiltschgrundstraße (1908 durch Hochwasser zerstört) sind wieder hergestellt.

Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß Lastfahrten von über 4000 kg auf Staatsstraßen der besonderen Anmeldung und Genehmigung der Königlichen Amtshauptmannschaft bedürfen.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

1763 D.

den 4. Dezember 1909.

Steinkohlen

zum Selbstkostenpreis werden weiter abgegeben.

Stadtrat Eibenstock, den 3. Dezember 1909.

Hesse.

2.

Nr. 185 der Schaftstättenverbotsliste ist zu streichen.

Stadtrat Eibenstock, den 6. Dezember 1909.

Hesse.

M. II.

Die englische Thronrede.

Nachdem das Oberhaus das vom Unterhaus angenommene Budget verworfen hat, ist das englische Parlament am 3. Dezember mit einer Thronrede geschlossen worden. Die Thronrede gedenkt sehr freundlich des Besuchs, den der König von Portugal soeben dem englischen Hofe abgestattet hat, bezeichnet die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als fortgesetzt sehr freundschaftlich und greift dann auf die Schwierigkeiten, die im Herbst 1908 „im Südwesten Europas“ aufgetaucht waren, mit der Bemerkung zurück, daß sie glücklich überwunden zu einer praktischen Lösung geführt hätten, so daß der Friede erhalten blieb. Endlich drückt sie Befriedigung darüber aus, daß das konstitutionelle Regime in der Türkei weitere Fortschritte mache. Das ist alles, was über die auswärtige Lage gesagt wird. Mehr als dieses Wertige war auch nicht zu erwarten. Denn einerseits gibt die internationale Lage in der Tat keinen Anlaß zu besonderen Betrachtungen, wie denn auch die Thronrede, mit der der deutsche Reichstag eröffnet wurde, keine alten Streitfragen zu erwähnen hatte. Andererseits muß in England gegenwärtig der innere Streit um die Rechte des Oberhauses und um den Gegensatz zwischen den Steuer- und Sozialreformern (Liberalen) und den Tarifreformern (Konservativen) alle äußeren Sorgen zurückdrängen.

Der bevorstehende Wahlkampf wird der heftigste sein, den England seit Jahrzehnten durchgemacht hat. Die Thronrede nimmt auf den Wahlkampf nicht direkt Bezug und in ihm keine Partei. Indirekt aber kommt sie dem liberalen Kabinett Asquith zu Hilfe, indem sie dem Unterhaus für die Freigebigkeit dankt, mit der es für die starke Vermehrung der nationalen Ausgaben vorgesorgt habe, und indem sie bedauert, daß diese Vorsorge für die Marine und die Sozialreform vergeblich gewesen sei, vergeblich deshalb, weil eben das Budget, das die Mittel für die Flotte und die Sozialreform beschaffen sollte, vom Oberhause nicht angenommen worden ist.

Die liberale Partei war ans Ruder gekommen, weil ihre sozialen Versprechungen die Wähler stärker angezogen hatten, als das konservative Verlangen nach Festigung des Reichsverbandes durch ein neues Schutzsystem. Die Klippe für das liberale Kabinett bildet die von den Konservativen heraufbeschworene Sorge vor der deutschen Gefahr und das Verlangen nach einer überwältigenden Menge von Dreadnoughts. Das Kabinett Asquith hat diese Klippe durch Nachgiebigkeit umschifft und erhält darum in der Thronrede die Beschränkung, daß es in der Frage der nationalen Verteidigung nichts verkannt habe. Darum wird denn auch der Wahlkampf nicht gehen, sondern vielmehr darum, ob die nötigen Mittel durch Steuern auf das Schanzgewerbe, auf den Besitz u. oder durch Schutzzölle aufgebracht werden sollen, und ob das Oberhaus beanstanden darf, gegen das bisherige Gewohnheitsrecht

ein vom Unterhause angenommenes Budget abzulehnen oder wenigstens die vorherige Befragung des Volkes zu verlangen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Amerikanische Aufmerksamkeit. Der amerikanische General Woodford trifft nach der „Voss. Ztg.“ in Berlin ein, um dem Kaiser eine goldene Erinnerungsmedaille an die Hudson-Fultonfeier zu überreichen. Es sind nur acht solcher Medaillen geprägt worden, die an Regierungen vergeben werden. Die Hudson-Fultonfeier im Spätsommer d. J. galt der Erinnerung an die Entdeckung des Hudsonstromes, an dem Newyork liegt und an die erste Fahrt des ersten Dampfschiffs, das Fulton baute.

— Der Reichstag, der vom 17. d. M. bis zum 11. Januar l. J. Weihnachtsferien haben wird, tritt am Dienstag in die erste Lesung des Stats ein. Zu der Mitteilung, daß Dienstag nur Regierungsvertreter sprechen werden, wird noch hinzugefügt, daß als erster der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg das Wort zu kurzen programmatischen Darlegungen ergreifen wird.

— Leistungen, nicht Altersfolge! Die in der Marine für die Patentierung der jungen Seeoffiziere geltende Norm, wonach die Reihenfolge der Patente für alle an einem Tage beförderbaren oder patentierten Leutnants zur See sich nach den Leistungen in der Offizierprüfung regelt, ist jetzt, durch besondere kaiserliche Bestimmung, auf die Verhältnisse des Landheeres übertragen worden. Auch unter den früheren Abiturienten, die bei der Ernennung zum Offizier und „guten“ Leistungen in der Offizierprüfung schon seit einigen Jahren ein um 1 1/2 Jahre vorpatentiertes Offiziersdienstatte erhalten, findet in Zukunft eine solche Rangierung nach den militärwissenschaftlichen Kenntnissen und Prüfungsergebnissen statt.

— Revision gegen das Urteil im Rieker Werkprozess. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Riekerprozess Revision eingelegt.

— Der Rieker Werkprozess wird noch einen Zivilprozess gegen verschiedene Althändler im Gefolge haben. Die Marineverwaltung hält das ermittelte Material für ausreichend genug, um Entschädigungsansprüche geltend zu machen und erforderlichenfalls bis zur höchsten Instanz durchzusetzen.

— Ein Braunkohlensyndikat ist in Halle gegründet worden. Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat und der Verlaufsverein sächsischer Braunkohlwerke haben sich zusammengeschlossen. Die neue Vereinigung soll hauptsächlich ein Kampfsyndikat gegen Preisverberber sein.

— Das Kolonialdenkmal, das erst dem Andenken der in Südwestafrika Gefallenen gewidmet werden sollte, soll, so hat sich das Kolonialamt jetzt entschlossen, allen demjenigen Streitern errichtet werden, die auf außereuropäischem Boden für Deutschlands Ruhm und Ehre geblieben sind.

Deutsche Kolonien.

— Im Bezirk Ruansa am Viktoriassee in Deutsch-Ostafrika nimmt die Kinderseuche einen bedrohlichen Charakter an. Ein zweiter Tierarzt ist zur Unterstützung des bereits im Seuchengebiet tätigen Arztes von Darassalam aufgebrochen.

England.

— Die Zeit von der Verlegung des Unterhauses bis zu dessen Auflösung am 8. Januar und der Vornahme von Neuwahlen 5 Tage später, gehört der Wahlagitiation, die auf beiden Seiten mit denkbar größter Energie und Heftigkeit bereits eingesetzt hat. Der Regierung und den Liberalen kommt die offene Parteinahme des Königs Edward für das Unter- und gegen das Oberhaus in der Thronrede zustatten. Die betreffende Erklärung ist zwar etwas verlausuliert, aber doch ganz unzulänglich. In der parlamentarischen Geschichte Englands bildet dieser Vorgang eine Ausnahme. Von dem Ton der Wahlkampagne gibt die Rede des Finanzministers Lloyd George eine Vorstellung, der von dem Lords des Oberhauses sagte: Bei all ihrer Schlaubeit war ihre Habgucht größer als ihre Macht, und wir haben sie schließlich gefaßt. Die Ablehnung des Budgets war die letzte Handlung ihres unheilbringenden Wütens. Der Führer der Lords sagte dagegen in seiner Rede, die Haltung des Oberhauses sei vernünftiger und konstitutioneller als die der Regierung.

Schweden.

— Der Massenstreik in Schweden ist beendet. Erreicht ist nichts; wohl aber haben 15 000 Arbeiter noch keine Beschäftigung wieder gefunden. Die internationale Sozialdemokratie stand dem Streik kalt und mit zugeknöpften Taschen gegenüber. Nur die deutsche Arbeiterschaft, die in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften organisiert ist, hat in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs Mittel von so ungeheurer Umfange nach Schweden gesandt, daß kein Mensch mehr dem Geschrei von der wachsenden Verelendung der Massen Glauben schenken wird. Ueber 1 600 000 Mark haben sich deutsche Arbeiter den schwedischen Massenstreik leisten lassen, und als einzigen greifbaren Erfolg vermag der „Bomwärts“ nur anzugeben, daß die Auflage des Stockholmer Partiorigans eine Steigerung von über 20 000 Abonnenten erfahren hat. Mit andern Worten: Damit das Stockholmer Sozialdemokratenblatt 20 000 Abonnenten gewinnen konnte, mußten deutsche Arbeiter 1 Million 600 000 Mark aufbringen, für einen Abonnenten 80 M.